

1/SN 282/ME 1 von 2

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Präsidialabteilung

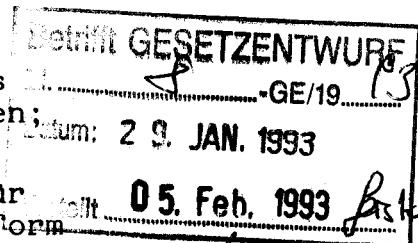
GZ.: Präs - 22.00-112/91-2

Graz, am 30. November 1992

Ggst.: Entwurf einer Staatsbürger-
schaftsgesetz-Novelle 1992;
Stellungnahme.

Bearbeiter: Fr.Dr.Krenn-M.
Tel.: (0316)877/2298 DW
Telefax: (0316)877/2339
DVR: 0087122

- ✓ 1. Dem Präsidium des Nationalrates
Dr.Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien;
(mit 25 Abdrucken);
2. dem Büro des Bundesministers für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Minoritenplatz 3, 1010 Wien;
3. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
4. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
5. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
6. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4, 1014 Wien,



Dr. Alsd. Harant

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landeshauptmann
Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Gras-Kubler



AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung - Rechtsabteilung 2
An das
Bundesministerium für Inneres

Postfach 100
1010 W i e n

Rechtsabteilung 2 - Innere Verwaltung
8011 Graz, Wartingergasse 43
DVR 0087122
Bearbeiter ORR.Dr. MUSSGER

Telefon DW (0316) 877 / 2086
Telex 311838 lrggr a
Telefax (0316) 877 / 2123

Parteienverkehr
Montag bis Freitag 8.00 bis 12.30 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

GZ PräS - 22.00-112/91-2

Graz, am 30. Nov. 1992

Ggst Staatsbürgerschaftsgesetz;
Änderungsvorschlag des BMI zu § 58 c StbG;
Stellungnahme.
Do.Zl.: 1.000/952-III/12/92

Zu dem ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1992), wird grundsätzlich kein Einwand erhoben.

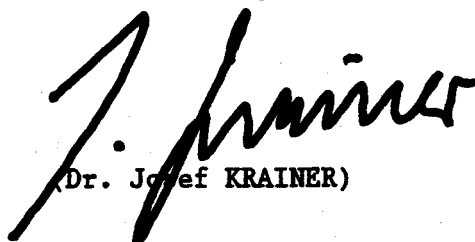
Es empfiehlt sich jedoch, im Absatz 2 ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der Erwerb der Staatsbürgerschaft "mit dem Tag des Einlangens der Anzeige bei der Behörde (§ 39)" eintritt.

Dies scheint zur Vermeidung von Zweifeln und zur Klarstellung erforderlich, daß die Abgabe der Anzeige bei der zuständigen Vertretungsbehörde (Abs. 3) noch nicht zum Erwerb der Staatsbürgerschaft führt, sondern das Einlangen bei der nach § 39 StbG zuständigen Behörde erforderlich ist.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:


(Dr. Josef KRAINER)